Saarlouis, Montag, 17. April 1921.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 12 Mk. Mit der Post bezogen 15 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 42 mm Borgiszeile 1 Mk. b) für Reklamen 82 mm 3 Mk. Bei Wiederholungen günstigster Rabatt.

Nr. 80. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 82. Postfach 32.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Zur Geschichte der Friedensresolution von 1917.

Vatikanische Dokumente.

In den Stimmen der Zeit bringt der Jesuitenpater Leiber unter Verwendung vatikanischer Dokumente den Nachweis, daß die Friedensentschließung im Deutschen Reichstag im Sommer 1917 ebenso wie der Sturz des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg den Frieden vereitelt hat. Ueber das gleiche Thema hat Pater Leiber auch in Kaiserslautern gesprochen. Nach dem Pfälzischen Volksboten hat er u. a. ausgeführt:

Im Frühjahr 1917 war die Friedenssehnsucht in den kriegführenden Ländern sehr groß, bei den Kabinetten sowohl wie noch mehr bei den Völkern. Der U-Bootkrieg hatte England empfindlich geschadet. Amerika war wohl in den Krieg eingetreten, hatte aber in die kriegerischen Handlungen noch nicht eingegriffen. England fürchtete, bei längerer Dauer des Krieges auf dem Friedenskongreß die entscheidende Rolle an Amerika abgeben zu müssen, nach dem dieses als kriegführende Macht wohl ausschlaggebend bei der Entente werden konnte. Dazu kam, daß man auf seiten der Entente große Hoffnungen auf die Durchbruchsschlacht in der Champagne gesetzt hatte und diese vereitelt sah. Endlich fürchtete man abermals einen Sonderfrieden Rußlands und schließlich die Gefahr, daß die Sozialisten (Kongreß in Stockholm) die Friedensbedingungen festlegen würden unter Ausschaltung der Regierungen. Alle die Faktoren lassen die Friedensgeneigtheit Englands gegen Sommer 1917 erklärlich erscheinen. Aehnlich war die Stimmung im französischen Kabinett. Dort wurde ein geheimer Beschluß gefaßt, wonach man sogar bereit war, über die elsaß-lothringische Frage in Verhandlungen zu treten (Volksabstimmung oder Angliederung der französisch sprechenden Teile an Frankreich, der übrigen an Deutschland). Von dieser Stimmung war der Papst genauestens unterrichtet. Jetzt glaubte er, die Zeit zum Handeln gekommen. Sein Friedensprogramm baute sich auf folgender Grundlage auf:

1. Gegenseitige Abrüstung bis zu einem bestimmten Maß; Einzelheiten sollten durch Vereinbarung festgelegt werden.
2. Herausgabe Belgiens durch Deutschland, aber nicht an die Entente. Politisch und militärisch müßte es neutral werden; über wirtschaftlichen Anschluß nach rechts oder links sollte es selbst entscheiden.
3. Rückgabe der deutschen Kolonien an Deutschland durch England.
4. Freiheit der Meere.
5. Gerechte Lösung der polnischen, belgischen und rumänischen Frage.
6. Wo zwischen den Kriegführenden wegen gewisser Gebietsteile noch Streitigkeiten bestehen, sollten sie auf dem Friedenskongreß selbst erledigt werden. Der Papst hat aber zu berücksichtigen, daß es wahnsinnig wäre, wegen gewisser Forderungen das Ganze aufs Spiel zu setzen.
7. Beide Teile sollten auf jeden Kriegskostenersatz verzichten.

Alle diese Punkte wurden mit England, Frankreich und Italien besprochen. Alle stimmten diesen Grundsätzen zu. Es kam noch darauf an, Deutschland zu gewinnen.

Nuntius Pacelli in München wurde in geheimer Sendung nach Berlin zum Reichskanzler Bethmann-Hollweg geschickt und unterbreitete diesem obige Punkte. Der Kanzler stimmte ihnen zu. Darauf reiste Pacelli ins Große Hauptquartier nach Kreuznach, um mit Kaiser Wilhelm selbst die Angelegenheit zu besprechen. Auch der Kaiser erklärte sich zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit, da sowohl er wie der Kanzler erkannten, daß es sich hier um einen sehr ernst zu nehmenden offiziellen Schritt des Papstes handle, der vielleicht bald Erfolg verspreche. Mit der deutschen Zusage schien das Spiel gewonnen, es schien, als ob die Friedensverhandlungen unmittelbar vor der Tür.

Da trat unerwartet ein störendes Ereignis ein. Der Papst ging bei seiner Tätigkeit von der Hoffnung aus, daß sich während seiner Bemühungen die politische und wirtschaftliche Lage bei den Kriegführenden nicht wesentlich ändere. Aus diesem Grunde beschleunigte er die Unterhandlungen. Aber er kam nicht zu Ende. Ein innerpolitisches Ereignis in Deutschland

zerschlug die ganze Arbeit

der päpstlichen Diplomatie über Nacht. Die Vorgänge im Deutschen Reichstag, die

Friedensresolution,

Sturz des Kanzlers Bethmann-Hollweg, all das ließ die

innere Zerrissenheit Deutschlands,

Fehlen eines einheitlichen geschlossenen Willens und Schwäche Oesterreichs erkennen und mit einem Schlage gab es

in Frankreich einen Umschwung.

Das französische Parlament zwang die Regierung, ein viel schärferes Kriegsprogramm aufzustellen, das die Herausgabe von Elsaß-Lothringen verlangte. Die französische Presse forderte stürmisch Weiterführung des Krieges.

England befand sich in mißlicher Lage. Es hatte die Zusage zu Verhandlungen noch nicht zurückgezogen. Der Papst fragte in Berlin wiederholt an, ob der neue Kanzler Michaelis die gegebene Zusage Bethmanns bezüglich der Herausgabe Belgiens aufrecht halte. Die Antwort des Kanzlers war

ungenügend und kam zu spät.

Nun trat Wilson, weil England ihn bis dahin übergangen hatte, auf Seite Frankreichs und ließ erkennen, daß er Frankreichs Ansprüche auf Elsaß-Lothringen voll anerkenne. England war immer noch schwankend, trat aber dann auch auf Frankreichs Seite und teilte dessen Standpunkt bezüglich Elsaß-Lothringens. Im Oktober 1917 ließ es dem Papste, der immer noch die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, mitteilen, daß jetzt von einem Frieden der Verhandlungen überhaupt keine Rede mehr sein könne. Es hatte aus der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland erkannt, daß es in absehbarer Zeit doch zu seinem Ziele kommen werde.

In jenen Tagen von 1917, sagte Pater Leiber, standen wir dem Frieden näher, als wir alle wußten, dank der päpstlichen Initiative. Nachdem diese hervorragend aussichtsreiche Unternehmung des Papstes fehlgeschlagen war, gab es nur noch einen Weg für Deutschland, einen annehmbaren Frieden zu erlangen, unsere Waffensiege. Blieben diese aus, so war unser Untergang besiegelt.

Die Maßnahmen der Alliierten zum 1. Mai?

Ministerpräsident Briand über die auswärtige Lage.

dz. Paris, 16. April. Nach der gestrigen Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in der Ministerpräsident Briand auf eine Anzahl Fragen antwortete, erklärte er:

Meine Zusammenkunft mit dem Ausschusse hat dazu gedient, unsere auswärtige Lage zu entwickeln. Ich habe so klar wie möglich Auskunft gegeben, aber nur in dem Maße, wie meine Rolle als Unterhändler mir das gestattet. Auf die Frage, was er mit dem Ausdruck „die Hand an den Kragen legen" und „einen Gendarmen zu senden, der den Gerichtsvollzieher begleitet", habe sagen wollen, erklärte Briand, er habe die Stärke dieser Ausdrücke nicht zu mildern, was zu verstehen geben wolle, daß er fest entschlossen sei, neue Sanktionen anzuwenden, falls Deutschland dabei beharren werde, sich der Ausführung seiner Verpflichtungen zu entziehen. Der Ministerpräsident habe hinzugefügt, die Deutschen würden wahrscheinlich neue Vorschläge machen, er bewahre die volle Handlungsfreiheit und werde nur im Einvernehmen mit den Alliierten unterhandeln, aber er erkläre, er werde sich nicht mit illusorischen Versprechungen begnügen und sich nicht auf dilatorische Verhandlungen einlassen. Frankreich sei entschlossen, positive Garantien und sichere Lösungen zu erzielen. Der Präsident fügte hinzu, daß er über diesen Gegenstand mit den Alliierten in Unterhandlungen eingetreten sei. Er habe die feste Hoffnung, sich mit allen Alliierten im Einverständnis zu befinden. Auf die drei Beratungen des gestrigen Tages zurückkommend, erklärte Briand, falls die Deutschen sich noch entziehen würden, seien alle erforderlichen Maßnahmen ins Auge gefaßt. Lloyd George habe im Unterhause nicht anders sprechen können, als er es getan, denn ein Abkommen hätte noch nicht getroffen werden können, da Frankreich selbst noch nichts bestimmt habe. Uebrigens, erklärte Briand, werde er keine Vermittlung annehmen, er wolle von den offiziellen Vertretern Deutschlands direkte Vorschläge hören. — Ueber Oberschlesien meinte Briand, daß die Grenzfestsetzung, die nur den polnischen Freunden günstig sein könne, weil sie dem Friedensvertrage von Versailles entspreche, demnächst stattfinden werde.

Kriegsrat im Elysee.

dz. Paris, 16. April. Marcel Hutin erklärt im Matin als das Ergebnis der Debatte, die gestern im Elysee stattfand, daß man sich nicht damit begnügen werde, das Ruhrgebiet zu besetzen, sondern daß die Besetzung sich auch auf weitere Gebiete im Rheinland-Westfalen ausdehnen solle.

dz. Paris, 16. April. Der Abg. Blum schreibt im Populaire: Gestern habe im Elysee ein wahrer Kriegsrat stattgefunden. Es sei nicht im Geheimen verhandelt worden. Zu gleicher Zeit meldeten einige offiziöse Blätter, daß zwei Jahresklassen einberufen würden. Die feste Hand werde also niedersausen, der Gendarm werde sich vorwärts bewegen. Man müsse gestehen, daß Poincare es nicht härter hätte machen können. Blum fragt, was bei diesem Abenteuer aus den Reparationen und aus dem Frieden werde. Die schlimmste Gefahr der Einschüchterungspolitik sei, daß man oft Gefangener seiner Bedrohungen werde. Die schlimmste Gefahr der Zwangspolitik sei, daß man sich verpflichte, dabei zu beharren. Eine Zwangsmaßnahme ziehe die andere nach sich, die Gewalt rufe nach Gewalt und so höre man wieder das Geklirr der Waffen. Es sei menschlich nicht möglich, daß man bis zum Ende dieser Politik gehe. Was immer auch die Komödie des Scheins und der Schrei einer übererregten Presse sein möge — der Wille Frankreichs sei nicht zweifelhaft: es wolle den Frieden, wie die ganze Welt ihn wolle. Das sei nicht nur der Schrei einer einzelnen Partei, das sei der Wille einer ganzen Nation, und die, die ihn verkennen, würden bald dessen Stärke fühlen.

Eine Stimme aus England.

dz. London, 17. April. Anknüpfend an die Ausführungen Lloyd Georges im Unterhause, daß kein Uebereinkommen mit Frankreich bezüglich der gegen Deutschland anzuwendenden Zwangsmaßnahmen getroffen worden sei, falls Deutschland am 1. Mai seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkomme, schreibt Morning Post, die englische Regierung stehe augenblicklich vor der Frage, ob sie Frankreich unterstützen solle bei den Maßnahmen, die Frankreich durchzuführen beabsichtige, oder ob sie untätig beiseite stehen solle. Wenn England sich weigere, Frankreich zu unterstützen, obgleich dies seine deutliche Pflicht sei, dann könne es auch von Frankreich keine Unterstützung erwarten, wenn seine eigene Zeit der Prüfung komme. Der Vormarsch in das Ruhrgebiet sei ein kritischer Punkt in der Geschichte Englands und ein Scheideweg. Wenn England zu Frankreich halte, dann sei die Entente bestätigt, und England und Frankreich blieben nicht nur Freunde, sondern auch Alliierte. Wenn aber England beiseite stehe und Frankreich gestatte, allein vorzugehen, dann öffne England einen Spalt, der sich mit jedem neuen Streich erweitern müsse.

Reichstagspräsident Loebe und die Ententeforderungen.

dz. Karlsruhe, 16. April. In einer von der soz. Partei Karlsruhe einberufenen Versammlung sprach gestern abend Reichstagspräsident Loebe. Er führte aus, daß die Unmöglichkeit der Erfüllung der Ententeforderungen von jedem eingesehen werde in unserem Lande, möge er rechts oder links stehen. Wenn Briand in diesen Tagen von neuen Zwangsmaßnahmen nach dem 1. Mai redete, so könne er wohl das Aufblühen unseres Landes verhindern, aber sicher sei, daß dabei Frankreich auf keinen grünen Zweig kommt. Wir können das Geld nicht geben, das man von uns verlangt, wir können den Schuldschein nicht unterschreiben, den man uns vorlegt. Wir werden den Weg gehen müssen, der in Amsterdam vor einigen Wochen vorgeschlagen worden ist, aber unser Land darf durch Abtrennung nicht weiter geschwächt werden. Wir werden die Bemühungen Hardings unterstützen. Die Streitigkeiten der Völker müssen durch Schiedsgericht gelöst werden, die Abrüstung, die man uns aufgezwungen hat, muß auch in unseren Nachbarländern eintreten.

Der kommende Friedensvertrag mit Amerika.

st. Newyork, 16. April. Ueber die Aufnahme der Botschaft Hardings meldet Stephane Lauzanne dem Matin: Die Aufnahme der Botschaft des Präsidenten Harding ist natürlich verschieden. Die Republikaner urteilen selbstverständlich anders darüber als die Demokraten. Die Demokraten werfen Harding vor, er habe die Politik Wilsons verlassen. Die Republikaner sind außerordentlich darüber befriedigt, daß der Präsident seinem Programme treu geblieben ist. Die Republikaner stellen heute den Willen des Landes dar und ihre Ansichten sind daher maßgebend. Unter ihnen gibt es keine Meinungsverschiedenheiten. Sie billigen einmütig die Zurückweisung des Völkerbundes und den Wunsch des Präsidenten, mit Deutschland einen direkten Friedensschluß herbeizuführen, ohne daß die Interessen der Alliierten, besonders diejenigen Frankreichs, davon berührt werden. Unter anderem sagte Senator Lodge: Ich billige die Botschaft ganz und gar, ich freue mich der schroffen Absage an den Völkerbund durchaus, und ich habe nicht das geringste dagegen einzuwenden, wenn wir versuchen, gewisse Teile des Friedensvertrages von Versailles aufrecht zu erhalten. Bezüglich der Verhandlung mit Deutschland scheint man folgenden Weg einschlagen zu wollen. Der Senat wird die Resolution Knox, welche den Abschluß des Friedens mit Deutschland verlangt, wahrscheinlich in abgeänderter Form annehmen. Die Regierung wird dann die Aufgabe haben, den Vertrag nun mit Deutschland zu entwerfen und die Verhandlung zu führen. Amerika wird sich bemühen, diejenigen Teile des Vertrages von Versailles, welche den Ansichten Amerikas nicht entgegenstehen, aufrecht zu erhalten, dagegen diejenigen, die Amerika bisher zu unterschreiben sich weigerte, namentlich die Klausel über das internationale Arbeitsamt, diejenige über Schantung beseitigen, sowie alle Klauseln, welche die Grenzen Mitteleuropas, Danzig u. das Saargebiet betreffen, weil diese Klauseln die Wirksamkeit des Völkerbundes voraussetzen, von dem Amerika nichts wissen will. Die Teile des Vertrages, welche wahrscheinlich bestehen bleiben, sind diejenigen über die Reparationen. Da die Regierung Harding fest entschlossen zu sein scheint, Frankreich in dieser Frage kräftig zu unterstützen.

Der Streik in England.

dz. London, 16. April. Hodges teilt mit, daß sofort eine Konferenz aller Vertreter der Kohlengruben für morgen zusammenberufen worden sei. Nach einer Exchangemeldung soll Hodges zurückgetreten sein.

dz. London, 16. April. Morning Post verdächtigt Berlin, bei den augenblicklichen inneren Schwierigkeiten in England die Hand im Spiele zu haben.

dz. London, 16. April. Der dramatische Zusammenbruch der Generalstreikdrohung wird von der gesamten Presse mit Ausnahme des Daily Herald begrüßt. Die Blätter bezeichnen die Wendung als einen Sieg der Einsicht und der Mäßigung. Daily Herald schreibt: Gestern hat die Arbeiterschaft die schwerste Niederlage erlitten seit Menschengedenken. Die organisierte Arbeiterschaft hat nicht zusammengehalten und trägt den Schaden. Wir brauchen eine neue Maschinerie und einen neuen Geist. Die alte Maschinerie hat in der Stunde der Not versagt, der Arbeiterdreibund, der Gewerkschaftskongreß und alles hat versagt. Wir müssen eine neue Maschinerie schaffen, die arbeitet. — Daily Telegraph sagt, es sei nicht unwahrscheinlich, daß die Bergarbeiter aus dem Arbeiterdreibunde austreten.

Eine Strafanzeige gegen den Prinzen Max von Baden.

— Berlin, 16. April. Der Frankfurter Rechtsanwalt Ebenau hatte gegen Prinz Max von Baden eine Strafanzeige eingereicht mit der Begründung, daß der Prinz es unternommen habe, die im Deutschen Reich und in Preußen bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern, und zwar bei erklärtem Kriegszustand. Die Anzeige stützte sich darauf, daß Prinz Max von Baden in einer amtlichen Bekanntmachung vom 9. November 1918 behauptet habe, der Kaiser und König habe sich zur Thronentsagung entschlossen, während tatsächlich um diese Zeit eine Abdankungserklärung noch nicht vorlag. Gleichzeitig habe Prinz Max in seiner Bekanntmachung gesagt, er bleibe solange im Amt, bis die mit dem Thronverzicht des Kronprinzen verbundene „Frage" geregelt sei, während in Wirklichkeit mit dem Kronprinzen wegen eines Thronverzichtes überhaupt noch nicht Fühlung genommen war. Ferner hat Ebenau dem Prinzen Max zum Vorwurf gemacht, daß er dem Abgeordneten Ebert die Führung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen habe. Nach der Ansicht Ebenaus hatte der Beschuldigte dazu kein Recht. Es lag vielmehr ein Eingriff in die Rechte der Krone vor, die ihr nach Art. 15 der Reichsverfassung und auf Grund des Gesetzes über die Stellvertretung des Reichskanzlers zustand. Diese Verfassungsverletzung sei, da die Abgabe der Geschäfte gerade an den Abgeordneten Ebert erfolgte, ein Unternehmen der gewaltsamen Aenderung der Reichsverfassung gewesen, denn es habe dem Beschuldigten nicht zweifelhaft sein können, daß der Abgeordnete Ebert bei der damaligen Lage die gewaltsame Aenderung der Verfassung betreiben werde. Auf diese Vorwürfe stützte Ebenau seine Anzeige gemäß §§ 81 und 82 des Reichsstrafgesetzbuches (Hochverrat). Dieselbe Beschuldigung hatte Ebenau erhoben gegen Scheidemann, Ebert, Landsberg, Dittmann und Barth. Weder Amnestie noch Abgeordneten-Immunität kommen für die Beschuldigten in Frage.

Dieser Auffassung hat sich der Oberreichsanwalt nicht angeschlossen. Er lehnte vielmehr eine Strafverfolgung ab, da die den Beschuldigten vorgeworfene Tat als politisches Verbrechen angesprochen werden müßte, das durch den Aufruf des Rates der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 amnestiert und daher einer strafrechtlichen Verfolgung entzogen sei. Die dagegen beim Reichsgericht eingesetzte Beschwerde hat dieses Gericht zurückgewiesen, da der Bescheid des Oberreichsanwalts zutreffend begründet worden sei.

Zur Kabinettsbildung Stegerwalds.

dz. Berlin, 16. April. Nach der Ansicht der Blätter dürfte Ministerpräsident Stegerwald im Laufe des heutigen Tages das Geschäfts- und Uebergangsministerium bilden, bei dem es sich aber nur um ein Provisorium handelt. Die SPD-Fraktionssitzung erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen das Geschäftsministerium in die schärfste Opposition treten werde.

Der Kommunistenführer Max Hölz verhaftet.

dz. Berlin, 16. April. Max Hölz ist in der vergangenen Nacht im Westen Berlins verhaftet worden.

dz. Berlin, 16. April. Wie die Abendblätter melden, fand im Berliner Polizeipräsidium, wo der verhaftete Max Hölz eingeliefert worden ist, eine Vernehmung des Festgenommenen in Gegenwart des Polizeipräsidenten Richter statt. Der Verhaftete gab zu, Max Hölz zu sein, und fügte hinzu, daß er vorläufig jede weitere Auskunft verweigern müsse. Die Vernehmung wurde daraufhin abgebrochen, aber nach einer halbstündigen Pause fortgesetzt. Dem Lokalanzeiger zufolge hat die Staatsanwaltschaft die Absicht, Hölz bereits am kommenden Montag vor dem Sondergericht zu stellen und zwar in Gemeinschaft mit den Urhebern des Anschlages auf die Siegessäule, deren Prozeß am Montag vor dem Sondergericht beginnt.